



# Borken

**THEMA DER WOCHE**  
**BZ 09.07.2016**

Ausschluss der Öffentlichkeit

## *Gegen geltendes Recht*

**D**er Gewerbepark ist ein Millionenprojekt, das ausschließlich mit Steuermitteln finanziert wird. Betrieben von einem Zweckverband, der aus drei Kommunen besteht. Behörden also, deren Mitarbeiter – Bürgermeister inklusive – aus Steuermitteln bezahlt werden. Dennoch nehmen die drei Kommunen für sich in Anspruch, festlegen zu dürfen, welche Informationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und welche nicht. Sie verstoßen damit gegen geltendes Recht.

Bei welchen Themen die Öffentlichkeit außen vor gelassen werden

darf, ist in der Geschäftsordnung geregelt. So kann der Borkener

Stadtrat zum Beispiel die Öffentlichkeit ausschließen, wenn es um „Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Stadt“ geht. Heißt also: Wenn Unternehmen A ein Grundstück von der Stadt kauft oder die Stadt eins von Landwirt B, dann hat der Vertragspartner Anspruch darauf, dass die Details nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Datenschutz ist dann das – in letzter Zeit immer häufiger auftauchende – Argument aus dem Rathaus.

In der Vorlage, in der es um die Zukunft des Gewerbeparks geht, ist aber

von keinem einzigen Grundstückskauf die Rede. Kein Wort, geschweige denn eine Zahl, wie viel Landwirt B zu bekommen gedenkt. Stattdessen ist sie eine Dutzende Seiten umfassende Dokumentation eines politischen Desasters. Eine lange Auflistung dessen, welchen Scherbenhaufen die drei früheren Bürgermeister ihren Nachfolgern mit diesem Projekt hinterlassen haben, in das mittlerweile acht Millionen Euro geflossen sind – Steuergeld natürlich. In der Vorlage wird auch dokumentiert, wie viele Millionen noch nötig wären, um das Projekt – vielleicht

– umzusetzen. Und wie viel Geld und Zeit nötig sind, aus dieser Sackgasse herauszukommen.

Das alles soll geheim bleiben. Mit welchem Recht? Hat es mit Grundstücksgeschäften zu tun, dass bei der Berechnung von Ausgleichsflächen zumindest fahrlässig jongliert wurde? Oder dass die Kläranlage gar nicht leistungsfähig genug ist und für weitere Millionen nachgerüstet werden müsste? Nein. Offenbar sollen aber brisante Informationen unter Verschluss gehalten werden, weil sie politischen Zündstoff enthalten. Eine Rechtsauslegung, die jeden Demokraten fassungslos machen sollte.

**Sven Kauffelt**

**Dutzende Seiten  
Dokumentation  
eines politischen  
Desasters.**